

Evelyne Gebhardt

Mitglied des Europäischen Parlaments

EUROPA AKTUELL

Nr. 1/2022, 14. Januar 2022

**Liebe Bürger*innen,**

*seit 28 Jahren darf ich als Abgeordnete des Europäischen Parlaments die Bürger*innen Europas vertreten. Fast drei Jahrzehnte an dieser Stelle mitgestalten zu dürfen, um Europa fortschrittlicher, sozialer und bürgernäher zu machen, habe ich immer als großes Privileg empfunden. Ohne Ihr Vertrauen und ohne Ihre Unterstützung über solch einen langen Zeitraum wäre dies nicht möglich gewesen. Dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken!*

Politische Verantwortung zu übernehmen, bedeutet, diese geordnet an Jüngere abzugeben. Dafür ist nun, in der Mitte der Wahlperiode und zweieinhalb Jahre vor der nächsten Europawahl, der richtige Zeitpunkt. Mein Mandat als Abgeordnete des Europäischen Parlaments werde ich, wie angekündigt, zum 1. Februar 2022 niederlegen.

*Liebe Bürger*innen,*

ich bin stolz, ja, richtig stolz auf das, was wir nach den Wirren und Ungeheuerlichkeiten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erreicht haben.

In den letzten sieben Jahrzehnte haben wir, bei allen Unzulänglichkeiten, in der Europäischen Union eine Erfolgsgeschichte geschrieben! Frieden, Freiheit, Wohlstand, Sicherheit sind Errungenschaften der europäischen Einigung um die uns die Menschen in vielen Teilen der Welt beneiden.

Die Krisen der letzten Jahre sind Herausforderung und Auftrag, die Errungenschaften Europas nicht nur zu bewahren, sondern die Einigung entschlossen voranzutreiben. Denn nur gemeinsam sind wir stark! Dafür werde ich mich auch ohne Mandat weiter einsetzen. Lasst uns gemeinsam Europa gestalten.

Ihre

INHALT**Seite 1**

- Kolumne
- Trauer um Parlamentspräsident David Sassoli

Seite 2

- Verkehrsrechtsakte im Fit-For-55-Klimapaket
- EU-Kommission zur plant neue Eigenmittel

Seite 3

- Vorschläge zur Dekarbonisierung des Gasmarktes und des Gebäudesektors
- Termine

Seite 4

- DMA-Trilog gestartet
- Aktuell im Europäischen Parlament
- Impressum

Seite 5

- 1994-2022: Ein Rückblick auf drei Jahrzehnte als Abgeordnete

**„Für seine Ziele kämpfen wir weiter“****Zum Tode von Parlamentspräsident David Sassoli**

Trauer um David Sassoli. Der Präsident des Europäischen Parlaments starb in der Nacht zum Dienstag in einem Krankenhaus in der italienischen Gemeinde Aviano.

Jens Geier, Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten erklärte:

„Mit dem Tod von David Sassoli haben wir einen wichtigen Verfechter der europäischen Demokratie

verloren, der gegen den wachsenden Nationalismus kämpfte. Er brannte für sein Amt und war ein großartiger Redner: Wenn er in den Sitzungen unserer Fraktion das



Wort ergriff, wurde seine Überzeugung von einem solidarischen Europa, das seine humanitäre und moralische Verantwortung wahrnimmt, besonders deutlich.

Auch dank seines Einsatzes hat das Europäische Parlament seit Ausbruch der Pandemie nicht nur die Arbeit erfolgreich fortführen können, sondern auch den historischen Wiederaufbaufonds auf den Weg gebracht - eines von vielen Beispielen seines politischen

Wirkens, das uns in Erinnerung bleiben wird. Den Kampf um sein Leben hat er im Alter von 65 Jahren verloren. Für seine Ziele kämpfen wir weiter.

Ruhe in Frieden, David Sassoli. Grazie, presidente.“

Am Montag, dem 17. Januar 2022, um 18 Uhr werden die Abgeordneten des Europäischen Parlaments David Sassoli in einer feierlichen Sitzung in Straßburg gedenken. ■



David Sassoli (1956-2022)
Foto: © Europäisches Parlament

„Damit können sich viele Inlandsflüge erledigen“

Verkehrsrechtsakte im Fit-For-55-Klimapaket

Die EU-Kommission stellte am 14. Dezember 2021 den zweiten Teil ihres Fit-For-55-Klimapakets vor. Darin enthalten sind unter anderem eine Reform des Aufbaus des transeuropäischen Verkehrsnetzes sowie ein Aktionsplan zur Verbesserung des Fern- und grenzüberschreitenden Schienenpersonenverkehrs. Der Verkehrsbereich ist verantwortlich für etwa 25 Prozent der gesamten Treibhausgas-Emissionen der EU. Bis 2050 müssen die Emissionen um 90 Prozent sinken.

Ismail Ertug MdEP, verkehrspoliti-

scher Sprecher der SPD-Europaabgeordneten, begrüßt die Pläne der EU-Kommission:

„Bisher hinken die EU-Mitgliedstaaten beim Ausbau des transeuropäischen Verkehrsnetzes den selbstgesteckten Zielen hinterher. Dabei sind die Verbindungen enorm wichtig für die Europäische Union. Sie sind die Arterien, die Güter und Menschen verbinden. Deshalb ist gut, dass die EU-Kommission sich mit dem neuen Etappenziel 2040 an festen Indikatoren orientieren und das Tempo beschleunigen will.

Neue Schlüsseltechnologien, wie

das European Rail Traffic Management System, müssen schneller ausgerollt werden, um mehr Menschen und Güter bei gleicher Kapazität auf die Schiene zu bekommen. Zudem soll im Kernnetz der Bahn ab dem Jahr 2030 ein Mindesttempo von 160 km/h im Güter- und im Personenfernverkehr gelten. Damit könnten sich viele Inlandsflüge erledigen.“

In den kommenden Wochen verhandeln Vertreter*innen von Rat, Kommission und Parlament über die Vorlagen. ■

„Kein Quantensprung, sondern eine Notwendigkeit“

EU-Kommission plant neue EU-Eigenmittel

Die Europäische Kommission will ein neues EU-Eigenmittelsystem für die EU einführen. Der am 22. Dezember 2022 vorgestellte Vorschlag sieht drei neue Einnahmequellen vor: die erste stützt sich auf Einnahmen aus dem Emissionshandel (EHS), die zweite auf die Ressourcen, die durch das vorgeschlagene CO₂-Grenzausgleichssystem der EU generiert werden, und die dritte auf einen Anteil aus der globalen Mindeststeuer gemäß der jüngsten OECD-Vereinbarung. Die Kommission erwartet, dass diese neuen

Einnahmequellen dem EU-Haushalt in den Jahren 2026-2030 jährlich durchschnittlich bis zu 17 Mrd. Euro einbringen.

Ursprünglich war bereits für Juni 2021 eine Vorlage angekündigt. Die neuen Eigenmittel der EU sollen bei der Refinanzierung des milliardenschweren Wiederaufbaufonds helfen. Bisher finanziert sich die EU vor allem durch Beiträge aus den Mitgliedstaaten. Mehr eigenständige Einnahmequellen sind eine langjährige Forderung der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament.

Jens Geier, Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten erklärte dazu:

„Gut, dass die Kommission heute endlich die ersten Vorschläge aus der Eigenmittel-Roadmap vorlegt. Das ist kein Quantensprung, sondern die politische Umsetzung einer allgemein bekannten Wahrheit: Ohne die Einführung neuer Eigenmittel ist die Zusage zur Rückzahlung der Anleihen für das Wiederaufbauprogramm NextGenerationEU ungedeckt.

Der schwierige Teil liegt jetzt noch vor uns. Die polnische und die



ungarische Regierung werden versuchen, den Eigenmittelbeschluss in Geiselhaft zu nehmen, um ihre Wiederaufbaugelder freizulösen. Auch jenseits von Orbán und Kaczyński haben längst nicht alle Mitglieder des Europäischen Rates die Notwendigkeit echter europäischer Eigenmittel so verstanden wie der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz. Den Staats- und Regierungschefs muss aber klar sein: Wer im Juli 2021 Ja zum Wiederaufbaufonds gesagt hat, muss 2022 auch der Einführung neuer EU-Eigenmittel zustimmen.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind zwei Prinzipien essentiell: Erstens muss die Rückzahlung von NextGenerationEU gewährleistet sein, ohne andere EU-Programme zu gefährden. Zweitens: Einnahmen aus europäischer Politik müssen in den EU-Haushalt fließen. Vor diesem Hintergrund werden wir prüfen, wie sich der Vorschlag der Kommission für einen Übergangsmechanismus beim ETS-System bis 2030 haushalterisch auswirkt. Die Einnahmen

aus dem CO₂-Grenzausgleichsmechanismus müssen genau wie die Zolleinnahmen direkt der EU zukommen.“

Joachim Schuster, wirtschafts- und finanzpolitischer Sprecher der SPD-Europaabgeordneten merkte an:

„Zu einer nachhaltigen Finanzpolitik gehören nicht nur Schuldenregeln, sondern auch eine solide Einnahmepolitik. Der Vorschlag der Kommission reicht nicht aus, um genügend Eigenmittel für die Rückzahlung der Corona-Schulden im Zeitraum von 2027 bis 2056 aufzubringen. Wir erwarten von der Kommission weitere Vorschläge, die der Beschlusslage der EU entsprechen. Die globale Mindeststeuer für multinationale Unternehmen von 15 Prozent, so wie sie auf OECD-Ebene beschlossen wurde, bringt uns dem Ziel etwas näher, wenn sie in der EU-einheitlich von allen Mitgliedstaaten umgesetzt wird. Denkbar wäre, zusätzlich eine europäische Finanztransaktionssteuer einzuführen, um den Schuldendienst leisten zu können.“ ■

Jens Geier: „Versorgung sichern, Energieeffizienz steigern“

Vorschläge zur Dekarbonisierung des Gasmarktes und des Gebäudesektors

Am 15. Dezember 2022 legte die EU-Kommission Vorschläge zum europäischen Gasmarkt und der Energieeffizienz von Gebäuden vor. Ersteres umfasst Leitlinien für die Dekarbonisierung des Gasmarktes. Beide Texte komplementieren das sogenannte „Fit for 55“-Paket, mit dem die EU-Staaten anstreben, Treibhausgase bis 2030 zu verringern.

Jens Geier, Vorsitzender und industriepolitischer Sprecher der SPD-Europaabgeordneten erklärte:

„Die Europäische Union braucht eine Reform der bestehenden Regeln für den Gasmarkt um den Ausstieg aus fossilem Erdgas zu organisieren und gleichzeitig die Infra-

struktur für erneuerbare Gase, zum Beispiel Wasserstoff, aufzubauen. Im Kontext steigender Energiepreise ist das nicht nur notwendig, um unsere Klimaziele zu erreichen, sondern auch eine Chance, um unsere Energieversorgung zu diversifizieren.

Es ist richtig, dass sich die EU-Kommission für ein gemeinsames Regelwerk für Erdgas- und Wasserstoffnetze entschieden hat, um möglichst reibungslos umzustellen. Des Weiteren begrüße ich, dass die Kommission erstmals klar definiert, was eine Wasserstoff-Infrastruktur ausmacht. Besondere Aufmerksamkeit werden wir der Definition von CO₂-armem Wasserstoff widmen,

TERMINE

- **15. Januar 2022, 9.30 Uhr**
Politischer Jahresauftakt der SPD Baden-Württemberg
Per Onlinekonferenz
- **15. Januar 2022, 12.15 Uhr**
SPD-Landesvorstandssitzung
Per Onlinekonferenz
- **15. Januar 2022, 14.00 Uhr**
Präsidiumssitzung der Europa-Union Deutschland e.V.
Per Onlinekonferenz
- **17. Januar-20. Januar 2022**
Plenarsitzung des Europäischen Parlaments
Ort: Straßburg
Tagesordnung und Livestream abrufbar unter: <http://www.europarl.europa.eu/plenary/de/home.html>
- **24. Januar 2022, 13.45 Uhr**
Sitzung des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments
Per Onlinekonferenz
- **26. Januar 2022, 8.00 Uhr**
Diskussion mit Schulklassen des Schulzentrums Michelbach
Per Onlinekonferenz
- **26. Januar 2022, 13.45 Uhr**
Sitzung des Rechtsausschusses des Europäischen Parlaments
Per Onlinekonferenz



um einerseits Greenwashing zu verhindern und andererseits einen konsistenten Rechtsrahmen zum Hochlauf der Wasserstoffproduktion sicherzustellen.

In den Verhandlungen zur Richtlinie werden wir Sozialdemokrat*innen uns für Versorgungssicherheit, Energieeffizienz und Sozialverträglichkeit einsetzen. Solange erneuerbare Energien noch nicht in ausreichenden Mengen zur Verfügung stehen, müssen wir Strom- und Wärmeversorgung durch Übergangstechnologien sicherstellen. Beides muss auch in Zukunft für einkommensschwache Haushalte erschwinglich bleiben. Außerdem stärken wir das Prinzip 'Energieeffizienz zuerst': Wasserstoff eignet sich vor allem für den Einsatz in energieintensiven Industrie-sektoren, die nicht direkt elektrifiziert werden können, um ihre Produktion klimaneutral aufzustellen.

Bei der Energieeffizienz von Gebäuden besteht großer Nachholbedarf. Die Richtlinie wird eine europäische Antwort geben müssen, wie wir diese immense Herausforderung bewältigen. Für den Gebäudesektor einer klimaneutralen Zukunft brau-

chen wir mehr qualifizierte Fachkräfte. Zudem müssen wir Bürger*innen schützen, die sich stei-

gende Energiepreise oder die Umlage von Modernisierungskosten nicht leisten können." ■

DMA-Trilog gestartet

Neue Regeln für digitale Märkte



Foto: © European Union 2022

Nach der Parlamentsabstimmung im Dezember fand am Dienstag, dem 11. Januar 2022 die erste Verhandlungsrunde von Kommission, Parlament und Rat zum Digital Markets Act (DMA) statt. Der DMA sieht ein neues europäisches Regelwerk für digitale Märkte vor. Dazu gehört insbesondere die

Regulierung der großen Onlineplattformen, um deren Marktmacht zu begrenzen und die Verbraucher*innen zu schützen. „Ich bin zuversichtlich, dass wir als Europaparlament unsere Position durchsetzen werden“, erklärte Evelyne Gebhardt ■

AKTUELL IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Die nächste Plenarsitzung des Europäischen Parlaments (17.01.-20.01.2022) findet in Straßburg statt. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem die folgenden Themen:

- Gedenkfeier für David Sassoli
- Wahl des neuen Parlamentspräsidenten
- Rede des französischen Präsidenten Emmanuel Macron zum Beginn der Ratspräsidentenschaft
- Gesetz über digitale Dienste
- Stärkung der Europäischen Arzneimittelagentur
- Verbesserter Schutz bei Tiertransporten

Weitere Informationen unter:

<http://www.europarl.europa.eu/plenary/de/agendas.html>

Sie möchten wissen, wie Evelyne Gebhardt zuletzt im Parlament abgestimmt hat? Hier eine Übersicht:

<http://www.evelyne-gebhardt.eu/de/im-parlament/wie-ich-abgestimmt-habe.html>



Parlamentsgebäude in Straßburg
Foto: © Europäisches Parlament

IMPRESSUM

Redaktion: Evelyne Gebhardt und Fabian Rothfuss

Europabüro

Keltergasse 47
74653 Künzelsau
Tel.: 07940 59122
Fax: 07940 59144
info@evelyne-gebhardt.eu

Europäisches Parlament

60, rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel.: 00 32 – 22 84 – 74 66
Fax: 00 32 – 22 84 – 94 66
evelyne.gebhardt@ep.europa.eu

Bild-Einklinker Kopfbereich:
Copyright PHOTO © European Union



1994-2022: Ein Rückblick auf drei Jahrzehnte Arbeit als Abgeordnete



Foto: © European Union 1994

Schon früh in meinem Leben durfte ich die Chancen und Vorzüge eines friedlichen Europas erleben. Als

gebürtige Französin wuchs ich in Paris auf, wo ich Deutsch als erste Fremdsprache gelernt habe. Nach Studienaufenthalten in Tübingen und Stuttgart zog ich 1975 endgültig nach Deutschland und trat im selben Jahr der SPD bei.

Besonders beschäftigt haben mich damals zum einen, auch aus eigener Erfahrung, die Schwierigkeiten bei der gegenseitigen Anerkennung von Bildungsabschlüssen. Ein weiterer Schwerpunkt war das Thema Gleichstellung. Das damalige Frauenbild war in Deutschland deutlich weniger progressiv als in Frankreich. Um mich noch aktiver für diese Belange einzusetzen, habe ich im Jahr 1982 die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) im Hohenlohekreis mitgegründet. Doch auf Dauer

Seit seinem Bestehen 2004 bin ich Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments. Von 2004 bis 2017 amtierte ich dort auch als Sprecherin der sozialdemokratischen Fraktion.

Ein gut regulierter Binnenmarkt ist der Schlüssel zu Wohlstand, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. Dazu gehört eine bessere Durchsetzung und stetige Anpassung der Verbraucherschutzvorschriften der EU. Nur so können die Rechte und das Wohlbefinden der Verbraucher*innen geschützt werden. Mit der Digitalisierung ergaben sich hier in den letzten Jahren völlig neue Herausforderungen und Handlungsfelder.

Eines meiner größten Projekte in der Ausschussarbeit war die Tätigkeit als Berichterstatterin zur europäischen Dienstleistungsrichtlinie von 2004 bis 2006. Die Richtlinie sollte die freie grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen ermöglichen, damit diese einen erleichterten Zugang in andere EU-Mitgliedstaaten erhalten.

wollte ich meine tiefen Überzeugungen für ein soziales, geeintes und bürgernahes Europa noch weitertragen. Andererseits war mir bewusst, dass die entscheidenden Weichen meiner Schwerpunktthemen, zu denen auch die ethischen Fragen der Biotechnologie gehörten, auf europäischer Ebene gestellt werden. Um hier direkt etwas bewirken zu können, beschloss ich, zur Europawahl am 12. Juni 1994 anzutreten und durfte mich über den Einzug ins Europäische Parlament freuen.

Mit Inkrafttreten des Maastrichter Vertrages zum 1. November 1993 hatte das Europäische Parlament zahlreiche neue Kompetenzen erhalten. Das war ein Meilenstein der europäischen Integration und der Demokratisierung der EU. ■

Nach der erfolgreichen Abstimmung zur Dienstleistungsrichtlinie am 16. Februar 2006



Nach der erfolgreichen Abstimmung zur Dienstleistungsrichtlinie am 16. Februar 2006 Foto: © European Union 2006

Dies war grundsätzlich zu begrüßen. Der Vorschlag der Kommission enthielt aber Forderungen zur Liberalisierung, die für mich einfach untragbar waren.

Gleichwohl waren die Rahmenbedingungen für mich sehr ungünstig: die Mehrheiten im Rat, und im Parlament standen hinter dem Kommissionsvorschlag.

Durch harte Überzeugungsarbeit und langwierige Verhandlungen

gelang es aber, die Mehrheiten im Parlament zu drehen.

Am Ende konnte das Europäische Parlament schließlich seine Position durchsetzen. Der Beschluss der Dienstleistungsrichtlinie unterschied sich deutlich vom Kommissionsvorschlag. So wurde zum Beispiel das umstrittene Herkunftslandprinzip gestrichen oder für die Mitgliedstaaten sichergestellt, Beschränkungen zum Schutz von



öffentlichen Gütern erlassen zu können.

Die Abstimmung am 16. Februar 2006 für eine deutlich überarbeitete Richtlinie war nicht nur ein persönlicher Erfolg für mich und andere Mitstreiter*innen. Vielmehr war sie ein Meilenstein in der Geschichte

Zur Abgeordnetentätigkeit gehört auch die Arbeit in den internationalen Delegationen. Nach meiner Wahl ins Parlament war ich Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu Russland, in der letzten Wahlperiode zu Lateinamerika.

Seit 2019 bin ich stellvertretende Vorsitzende der Delegation für die Beziehungen zur Volksrepublik China. Dieser Delegation hatte ich bereits von 1999 bis 2014 angehört. In den letzten beiden Jahrzehnten hat die Thematik an einer der welt-

des Parlaments, das als Vertretung der Bürger*innen der Europäischen Union selbstbewusst seine Rolle im europäischen Rechtssetzungsprozess wahrgenommen und hierdurch sein Gewicht nachhaltig gestärkt hatte.

Die Entstehungsgeschichte der EU-

Dienstleistungsrichtlinie zeigt deutlich, dass man auch als einzelne Abgeordnete ausgeprägte Gestaltungsmacht hat ■



Im Austausch mit dem ehemaligen sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow und dem ehemaligen spanischen Ministerpräsidenten Felipe Gonzalez (von rechts nach links). Foto: © European Union 1998



Pressebericht in Hongkong anlässlich der Delegationsreise 2000

politischen Konfliktlinien des 21. Jahrhunderts zunehmend an Bedeutung gewonnen. ■



*Sitzungsleitung im Parlament
Foto: © European Union 2017*

In der zweiten Hälfte der letzten Wahlperiode, von Januar 2017 bis Juli 2019, amtierte ich als Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments. Dass mir meine Kolleg*innen dieses Vertrauen schenken, empfand ich als sehr große Auszeichnung.

Schwerpunkte meiner Arbeit als

Vizepräsidentin waren unter anderem der Vorsitz der Arbeitsgruppe Digitales, der politische Dialog des Europäischen Parlaments mit Lateinamerika und der alljährlich durch das Europäische Parlament verliehene LUX-Filmpreis, der die kulturelle Vielfalt und die Kreativität des europäischen Kinos fördern soll. ■

Das Europäische Parlament ist auch ein beliebtes Ausflugsziel. Vor der Pandemie habe ich als Abgeordnete dort über 2000 Besucher*innen pro Jahr empfangen.

Insbesondere die Diskussionen mit den Schulklassen empfinde ich stets als sehr gewinnbringend - sowohl bei deren Besuchen im Parlament als auch bei meinen Besuchen in Schulen (pandemiebedingt in letzter Zeit per Videokonferenz). Aus dem Alltag der jungen Generation ist Europa kaum mehr wegzudenken. Umso wichtiger ist es, gerade hier für die Vision des vereinten Europas zu werben und darauf aufmerksam zu machen, dass die europäische Einigung eben keine Selbstverständlichkeit ist. Mein letzter Schulbesuch fand übrigens außerhalb der Europäischen Union statt - in der Schweiz. ■



*Besuch an der Berufsschule in Bülach (Schweiz) am 30. November 2021
Foto: © Florian Schmid*